

Einen bequemen Weg gibt es nicht

Hohebucher Agrargespräch

Mit dem Titel „Nachhaltigkeit in Krisenzeiten“ griff das diesjährige Hohebucher Agrargespräch die aktuelle Diskussion um Lebensmittelsicherheit, Biodiversität, Klimaschutz und die Rolle der Landwirtschaft auf. Drei Referenten mit enormem Wissens- und Erfahrungsschatz gaben den Zuhörern unterschiedliche Ansätze zum Weiterdenken mit auf den Weg.



Am nachdrücklichsten bleiben möglicherweise die Aussagen von Prof. Dr. Franz Josef Rademacher im Gedächtnis. Der redegewandte Mathematiker und Ökonom beschäftigt sich seit über 50 Jahren als Berater verschiedenster Institutionen und Organisationen mit Klima- und Entwicklungspolitik. Das auf dem politischen Parkett und in internationalen Konferenzen übliche diplomatische Umschreiben von Wahrheiten hat er allerdings hinter sich gelassen. „Der Hunger auf der Welt hat ausschließlich damit zu tun, dass der Großteil der Bevölkerung nicht genug Geld hat, um von den verfügbaren Mitteln das Lebensnotwendige zu kaufen“, sagt Rademacher. Gäbe es ein Welt-Sozialsystem müsste seiner Meinung nach niemand mehr hungern. Der reiche Teil der Welt drücke sich jedoch vor dieser simplen Wahrheit. „Wir wollen nichts geben, deshalb suchen wir seit Jahrzehnten krampfhaft nach anderen Lösungen.“

Am Geld scheiden sich die Geister

Für heuchlerisch hält der Wissenschaftler auch die internationale Klimaschutzpolitik. Einerseits gehe Bundeskanzler Scholz auf Kohle- und Gaseinkaufstour in Südafrika, andererseits wollen die reichen Staaten gerade in Afrika die Nutzung der fossilen Energiequellen einschränken, indem nur noch für den Ausbau erneuerbarer Energien Geld gegeben werde. Dass man die Länder damit auch am Aufbau von Wohlstand hindert, sei einkalkuliert. „Um das Klima zu schützen, ist es eine gute Strategie, die Armen arm zu halten, denn dann erzeugen sie auch keine CO₂“, meint er ironisch. Er verweist auf China, das erfolgreich den Weg aus der Armut gefunden hat und heute für ein Drittel der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich ist. „Wenn Afrikaner und Inder den China-Weg einschlagen, brauchen wir nicht mehr über Klimaschutz zu reden.“

Mit dem prognostizierten Wachstum der Bevölkerung auf zehn Milliarden Menschen im Jahr 2050 führt an einer zukunftsorientierten, globalen Energiepolitik gleichwohl kein Weg vorbei. Rademacher spricht sich für eine Lö-

sung aus, die fossile und erneuerbare Energien kombiniert und das entstehende CO₂ auffängt und lagert. Seiner Meinung nach ließe sich so auch bei einer zu erwartenden Verdreifachung des Energiebedarfs in Afrika eine „nachhaltige, erträgliche Energieversorgung“ gewährleisten. Gleichzeitig müsse die Weltgemeinschaft alles technisch Machbare umsetzen, um Treibhausgas-Emissionen weiter zu reduzieren, sowie sich für den Erhalt oder Wiederaufbau der biologischen Systeme stark machen. „Der Schutz des Regenwaldes ist ein absolutes Schlüsselthema“, betont Rademacher. Um die wertvollen Regenwaldbestände in Brasilien, Kongo und Indonesien zu erhalten, würde er auch nicht vor einer Bezahlung der Regierenden für jeden Hektar nicht abgeholzten Wald zurückschrecken, selbst wenn das Geld in den Taschen von fragwürdigen Potentaten verschwindet. Aus seinem langjährigen Mitwirken in internationalen Gremien weiß Rademacher allerdings auch, dass die reichen Staaten nicht zahlen wollen. „Wir wollen immer den billigen Jakob, deswegen kommen wir auch nicht weiter“, sagt er, schließlich seien die auf der anderen Seite des Verhandlungstisches auch nicht blöd.

Kriege befeuern den Hunger

Dass die Weltgemeinschaft angesichts von Hungerkrisen und den immer dramatischer werdenden Folgen des Klimawandels dennoch dringend handeln muss, unterstreichen die Ausführungen von Dr. Martin Frick. Der Leiter des deutschen Büros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen berichtet in Hohebuch von einer Verdopplung der akut vom Verhungern bedrohten Menschen innerhalb von zwei Jahren. Nach letzten Schätzungen liegt die Zahl bei 349 Millionen Menschen. Das sei der Effekt von drei Faktoren: Klimawandel, Kriegen und den finanziellen Folgen der Coronapandemie, die nach Fricks Angaben weltweit die unvorstellbare Summe von 23 Billionen US-Dollar gekostet hat. Der Haupttreiber von Hunger seien aber Kriege, wie das Beispiel Äthiopien zeige. „Heute gibt es doppelt so viele Kriege wie 2010“, sagt Frick.

1 Prof. Dr. Franz Josef Rademacher sieht das Gebaren der reichen Länder in Sachen Klimaschutz kritisch. | 2 Dr. Martin Frick berichtet aus seiner Arbeit für das Welternährungsprogramm. | 3 Prof. Dr. Sebastian Hess fordert eine gesellschaftliche Willensbildung. | Fotos:

Grossenbacher (1), Koeck

Um aus der Abwärtsspirale herauszukommen, fordert der international vernetzte Jurist und Diplomat, dessen Berufsstationen meist die Schnittstellen zwischen Klima, Ernährung und Landwirtschaft berührten, neue Ansätze. So seien die durch Corona und den Ukraine-Krieg ausgelösten Versorgungsengpässe auch eine Folge verfehlter Entwicklungspolitik. Zu lange habe die FAO Entwicklungsländern geraten, statt Getreide Exportprodukte wie Kaffee oder Bananen anzubauen, weil Getreide auf dem Weltmarkt immer billig zu kaufen war. In der Pflicht sieht Frick aber vor allem Landwirtschaft und Gesellschaft. Es gelte die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft zu erhalten und gleichzeitig den Umgang mit der Natur zu überdenken. Die Gesellschaft wiederum müsse wegkommen von ihrem Anspruch auf allzeit verfügbare, billige Nahrungsmittel.

Die Gesellschaft muss entscheiden

Prof. Dr. Sebastian Hess, Leiter des Fachgebiets Agrarmärkte an der Universität Hohenheim, bringt ebenfalls die gesellschaftliche Willensbildung ins Spiel, um den Spagat zwischen krisensicherer Lebensmittelversorgung und größtmöglicher Nachhaltigkeit zu schaffen. Die planetaren Grenzen für landwirtschaftliche Produktion sind fest, sagt er. Weltweit ist der Getreideanbau auf etwa zehn Regionen begrenzt. Diese Grenzen bilden den großen Rahmen. Die Gewichte im „magischen Dreieck“ aus Nahrungsmittelproduktion, Umwelt und Bioenergie, in dem sich die Landwirtschaft bewegt, hingegen werden durch Gesellschaft und Politik gesetzt. Der Diskurs darüber müsse dringend zielorientierter werden, meint Hess. Erst dann könnten sich neue Wege etablieren. | koe ■